

Bundesamt für Sport
Herr Markus Feller
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen



Schaffhausen, 20.3.2012

**Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten
weiterer Risikoaktivitäten; Stellungnahme im Rahmen des
Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrter Herr Feller

Mit unserem Umweltbildungsprogramm VivaRiva sind wir jährlich mit Schulklassen und damit Hunderten von Kindern und Jugendlichen in und an Gewässern in der ganzen Schweiz unterwegs. Ein grundsätzliches Verständnis für die Schönheit und Bedürfnisse von Wasserlebensräumen ist in unseren Augen unerlässlich für deren langfristigen und nachhaltigen Schutz.

Mit VivaRiva vermitteln wir dieses Grundverständnis und bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen positive Erlebnisse am Wasser, die eine emotionale Verknüpfung generieren und Verständnis für die Notwendigkeit von intakten Gewässerlebensräumen schaffen.

Die Version Vernehmlassung vom 10.11.2011 der Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten führt nun dazu, dass wir beunruhigt sind, ob dadurch nicht auch unser pädagogisches Unterwegssein in der Natur stark eingeschränkt wird.

Wir lehnen den Verordnungsentwurf daher und insbesondere aus folgenden zwei Gründen ab:

1. Die Definition, welche Aktivitäten unter die Bewilligungspflicht fallen, ist unklar. Wir beantragen, den Geltungsbereich klar einzugrenzen auf Aktivitäten mit deutlichem Risiko.
2. Die Definition der betroffenen Gebiete im Entwurf von Abs. 1 lit. a-c führt zu einer umfassenden Einschränkung der bewilligungsfrei zugänglichen Gebiete. Dies ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig. Wir beantragen eine Umformulierung auf klare Risikosituationen.

www.rheinaubund.ch

Sekretariat:
Weinsteig 192
Postfach 1157
CH-8201 Schaffhausen
Fon: 052 625 26 58
Fax: 052 625 26 51
info@rheinaubund.ch
PC-Konto: 82-3003-8

Zeitschrift Natur und Mensch

Redaktion:
Weinsteig 192
Postfach 1157
CH-8201 Schaffhausen
Fon: 052 625 26 58
Fax: 052 625 26 51
redaktion@rheinaubund.ch

Im Folgenden möchten wir detaillierter Stellung nehmen zur Verordnung und Sie bitten, diese nochmals zu überdenken.

Grundsätzliches

Auslöser für Gesetz und Verordnung waren die durch unvernünftiges Vorgehen verursachten Unfälle, insbesondere beim Canyoning. Solche Risikotätigkeiten sollen erfasst werden, nicht aber beliebige Tätigkeiten in der Natur wie geführte Wanderungen im voralpinen Hügelland oder eine Schulexkursion am Waldbach, bei denen es natürlich auch zu Unfällen kommen kann, wenn zum Beispiel ein Kind am Bach ausrutscht. Wegen solcher auch im Alltag möglichen Unfälle nun die ganze Naturbildung detailliert regeln zu wollen, kann nicht Absicht der neuen RiskV sein. Genau diese Gefahr besteht aber mit vorliegendem Entwurf.

Geltungsbereich und Begriffsdefinitionen

Insgesamt mangelt es sowohl dem Gesetz als auch der Verordnung an einer Systematik, die einer verlässlichen Einschätzung der Rechtslage und damit der Rechtssicherheit dienlich wäre. So ist unklar, in welchem Verhältnis die bewilligungspflichtigen Tätigkeiten zu den geografischen Orten (gebirgiges Gelände, felsiges Gelände sowie Bach- und Flussgebiete) stehen. Es stellt sich die Frage, ob sämtliche gewerbsmässige Tätigkeiten¹ in jenen Gebieten bewilligungspflichtig sind oder nur, wenn sie in das Tätigkeitsfeld von BergführerInnen, SchneesportlehrerInnen oder KletterlehrerInnen fallen.

Wir beantragen daher, den Geltungsbereich klar einzugrenzen auf Aktivitäten mit deutlichem Risiko analog den Beispielen, die der Gesetzgeber bereits genannt hat. Darunter fallen unseres Erachtens:

- das Unterwegssein im Gebirge, wo zusätzliche Hilfsmittel wie Seile, Pickel, Steigeisen und ähnliches zur Fortbewegung notwendig sind, ausgenommen Klettergärten. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll den Bergführern und Bergführerinnen vorbehalten sein;
- das Unterwegssein in schneebedecktem Gelände bei einer Hangneigung über 30 Grad. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführern und Bergführerinnen sowie Schneesportlehrerinnen und -lehrern vorbehalten sein;
- Canyoning gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 lit. d). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführerinnen und Bergführern mit Canyoning-Ausbildung vorbehalten sein;
- River-Rafting gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 lit. e). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Wildwasserfahrten gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 lit. f). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Bungee-Jumping gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 lit. g). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs sowie Bergführerinnen und Bergführern vorbehalten sein.

Sämtliche übrigen Tätigkeiten wie beispielsweise Sommer- und Winter-Wandern und -Trekking (auch in weglosem, aber nicht absturz- oder lawinengefährdetem Gelände) oder Bachbegehungen ohne Hilfsmittel sollen weiterhin explizit ohne Bewilligung gewerbsmässig angeboten werden dürfen, weil:

- sie keine Risikoaktivitäten im Sinne des Gesetzes sind;
- **die Natur als Lern-, Bildungs- und Erholungsort weiterhin der breiten Bevölkerung möglichst frei zugänglich sein soll;**

¹ Ist die Exkursion einer Lehrerin mit einer Schulklasse eine gewerbsmässige Tätigkeit, weil sie dabei Geld verdient?

- diverse (Weiter-)Bildungs- und Betreuungsangebote auf den freien Zugang zur Natur angewiesen sind;
- die gesundheits- und entwicklungsfördernde Wirkung von Naturerlebnissen vermehrt anerkannt und genutzt werden soll;
- insbesondere Schulen aber auch soziale Institutionen wie Kinder- und Jugendheime, Behindertenheime und ähnlichen Einrichtungen weiterhin mit natur- und erlebnispädagogischen Konzepten arbeiten können sollen.

Die Begleitung von Personen in Naturräumen wird sowohl im Tourismus als auch im Bereich der Bildung und Betreuung in vielgestaltigen Formen gewerbsmässig praktiziert. Vor diesem Hintergrund erscheint es uns fraglich, ob diese Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit noch verhältnismässig und damit zulässig wäre.

Wie oben erwähnt sind wir der Überzeugung, dass die Einschränkung von Risikoaktivitäten alleine anhand von bestimmten Merkmalen des Geländes nicht zielführend ist.

Die Definition im Entwurf von Abs. 1 lit. a-c ist viel zu breit. Damit würden sämtliche Gebiete ab Bergzone 2 umfasst. Damit würden beispielsweise auch grosse Gebiete des voralpinen Hügellandes und der Voralpen sowie fast der gesamte Jurabogen unter diese Definition fallen, obwohl nur an ganz wenigen Stellen dieser Gebiete Absturz- oder Abrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko von Steinschlag nach dem RiskG bestehen dürfte. Eine derart umfassende Einschränkung der bewilligungsfrei zugänglichen Gebiete ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig.

Das Gleiche gilt für die Bach- oder Flussgebiete nach Art. 1 Abs. 1 RiskG, wo gemäss Entwurf RiskV faktisch alle Gewässer und ihre weite Umgebung erfasst würden. Auch das ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig. Die eigentlichen Risikoaktivitäten an Gewässern sind mit Art. 2 Abs 1 lit. d-f ausreichend erfasst, so dass hier keine Ausweitung der Aktivitäten an den Gewässern nötig ist.

Schlussbemerkung

Schliesslich möchten wir unserem Unbehagen darüber Ausdruck verleihen, dass sowohl das Gesetz als auch der Verordnungsentwurf nach unserer Einschätzung vorwiegend der Standespolitik, nämlich dem Schutz der von Bergführerinnen und Bergführern bzw. Schneesportlehrerinnen und Schneesportlehrern und von deren Verbänden angebotenen Ausbildungen dient. Würde die in den Kommentaren zu Gesetz und Verordnung erwähnte Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer solcher Angebote im Vordergrund stehen, müssten die nicht gewerbsmässigen Angebote wie beispielsweise diejenigen von Jugend und Sport oder SAC wohl auch in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen (was uns aber ebenfalls nicht sinnvoll erscheint!).

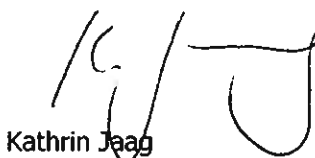
Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie unsere Bedenken ernst nehmen und hoffen, entsprechende Anpassungen der Verordnung werden noch vorgenommen.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen



Stefan Kunz

Geschäftsführer Rheinaubund



Kathrin Jaag

Projektleiterin VivaRiva

